

ALLGEMEINE GESCHÄFTSBEDINGUNGEN

Artikel 1 - Allgemeines

Bei allen Bestellungen eines Kunden bei ViaVerbia (nachfolgend «das Unternehmen» genannt) und allen sich daraus ergebenden Vertragsverhältnissen und Geschäftsbeziehungen, inklusive aller Zusatzleistungen, gelten die folgenden AGB. Die vorliegenden AGB setzen ausdrücklich alle AGB und Kaufs- bzw. Verkaufsbedingungen des Kunden außer Kraft, außer es liegt ein schriftliches Einverständnis des Unternehmens vor. Daher wird keiner Abweichung der vorliegenden AGB stattgegeben, ohne ausdrückliches und schriftliches Einverständnis des Unternehmens. Ohne rechtsgültigen Gegenbeweis erkennt der Kunde ausdrücklich an, die vorliegenden AGB genauestens zu kennen, da ihm spätestens beim Erhalt des ersten Preisangebots des Unternehmens ein Exemplar zugekommen ist.

Artikel 2 - Angebote - Vertragsabschluss

2.1. Die Preisangebote sind kostenlos.

Alle vom Unternehmen unterbreiteten Preisangebote sind ab dem Datum des Angebots 30 Kalendertage gültig. Falls das ihm unterbreitete Preisangebot nicht schriftlich vom Kunden akzeptiert wird, gilt das Angebot als null und nichtig.

2.2. Jede Bestellung wird als abgeschlossen und definitiv erachtet, sobald der Kunde das Preisangebot schriftlich akzeptiert oder das Unternehmen effektiv die Lieferung des Produkts/der Dienstleistung an die Adresse des Kunden ausführt.

2.3. Das Unternehmen kann die Person, die die Bestellung beim Unternehmen aufgegeben hat, als seinen Kunden betrachten, es sei denn, diese hat ausdrücklich angegeben, dass Sie als Beauftragte im Namen eines Dritten handelt und unter der Bedingung, dass dem Unternehmen gleichzeitig der Name und die Adresse der Drittperson mitgeteilt wurden.

2.4. Sofern nicht anders vereinbart, verstehen sich alle vom Unternehmen angegebenen Preise ohne Mehrwertsteuer. Der Verkaufspreis ist der Preis, der in unserem Preisangebot genannt wird. Dieser Verkaufspreis ist solange gültig, wie das vom Unternehmen unterbreitete Angebot. Falls innerhalb der festgelegten Frist keine abgeschlossene und definitive Akzeptierung des Preisangebots von Seiten des Kunden vorliegt, steht es dem Unternehmen frei, den Verkaufspreis zu ändern. Für alle Bestellungen im Wert von mehr als tausend Euro (1.000 €) und ohne ausdrückliche Ausnahme ist ab Bestätigung der Bestellung seitens des Kunden eine Anzahlung von dreißig Prozent (30%) fällig.

Artikel 3 - Änderung/Rücktritt von der Bestellung

3.1. Jede Änderung der Bestellung seitens des Kunden, nach Akzeptierung des vom Unternehmen unterbreiteten Preisangebots, bringt eine neue Preisanfrage mit sich. Dementsprechend muss das Unternehmen die Änderungen erst dann berücksichtigen, wenn es diese ausdrücklich und schriftlich akzeptiert hat und gegebenenfalls den Kunden schriftlich über die zusätzlichen Fristen/Kosten/Honorare informiert hat, die sich aus dieser Änderungsanfrage ergeben. Falls keine Einigung über die neuen Bestellungsmodalitäten auf beiden Seiten zustande kommt, ist das Unternehmen nur zur ursprünglichen Bestellung verpflichtet.

3.2. Die Stornierung seitens des Kunden einer abgeschlossenen und definitiven Bestellung, egal ob sie vom Unternehmen bereits bearbeitet wird oder nicht, zieht von Rechts wegen eine Pauschalentschädigung von 25% des Gesamtbetrags der Bestellung nach sich, wobei ein Mindestbetrag von hundert Euro exklusive Mehrwertsteuer (100 € exkl. MwSt.) besteht. Die Zahlung der Entschädigung wird gegebenenfalls durch Abbuchung vom Zahlungsbetrag sichergestellt, von dem im Punkt 2.4. die Rede ist.

Die Summe der Pauschalentschädigung und des Betrags, der für den schon erfüllten Teil der Bestellung in Rechnung gestellt wird, darf niemals den Gesamtbetrag der Bestellung überschreiten.

Artikel 4 - Ausführung der Bestellungen, Verantwortung und Vertraulichkeit

4.1. Sofern nicht anders vereinbart, kann das Unternehmen, unter seiner alleinigen Verantwortung und ohne schriftliches und vorheriges Einverständnis seitens des Kunden, einen Teil oder die komplette Ausführung der Bestellung an eine Drittperson weitergeben.

4.2. Das Unternehmen kann nur für Schäden verantwortlich gemacht werden, die sich aus einer direkten und nachweisbaren Konsequenz eines Verstoßes seinerseits ergeben. Ungeachtet des vorher Erwähnten, aber außer in Fällen von Betrug oder Täuschung, ist die Verantwortung des Unternehmens strikt auf einen Betrag beschränkt, der dem Gesamtpreis der Bestellung entspricht. Dieser Preis versteht sich exklusive Mehrwertsteuer, mit einem Maximalwert von tausend Euro (1.000 €) pro Ereignis. In keinem Fall kann das Unternehmen für Schäden verantwortlich gemacht werden, die indirekt vom Kunden oder einem Dritten erlitten werden, wie unter anderem: wirtschaftlicher Verlust, Gewinnverlust oder das Ausbleiben von Gewinn, Kundenverlust und jede andere Form von Verlust, welche nicht unbedingt unter den vorliegenden erwähnt wird und welche sich nicht direkt aus einem, dem Unternehmen zuzuschreibenden Fehler ergeben.

4.3. Der Kunde muss uns vor allen Ansprüchen Dritter schützen, die sich aus der Nutzung der gelieferten Arbeit ergeben.

4.4. Das Unternehmen ist in keinster Weise verpflichtet eine vom Kunden angefragte Bestellung auszuführen, deren Inhalt (Text oder Bild) sich nach Meinung und Regeln des Unternehmens als illegal/sittenwidrig oder unmoralisch, täuschend oder obszön herausstellt, egal in welcher Sprache der Inhalt geschrieben ist und ob er dazu bestimmt ist, im Internet oder anderswo veröffentlicht zu werden oder nicht.

4.5. Außer in Fällen von Betrug, Vorsatz oder arglistiger Täuschung kann das Unternehmen nicht für die Beschädigung oder den Verlust von Dokumenten, Informationen oder Speichermedien verantwortlich gemacht werden, die ihm zur Ausführung der Bestellung zur Verfügung gestellt wurden. Darüber hinaus erkennt der Kunde ausdrücklich und unwiderruflich an, dass das Unternehmen in keinem Fall für Schäden verantwortlich gemacht werden kann, die dadurch entstehen, dass der Kunde die Informationstechniken und modernen Kommunikationsmittel nutzt.

4.6. Die Beurteilung der Antwort auf die Frage, ob eine Bestellung bestimmte Risiken der Personenverletzung mit sich bringt, bleibt ganz und gar dem Kunden überlassen, der gänzlich und ausschließlich die Verantwortung auf sich nimmt und das Unternehmen vollständig aus der Verantwortung entlässt.

4.7. Bei Eintritt von Umständen, die außerhalb der Kontrolle des Unternehmens liegen und zur Folge haben, dass sich eine Bestellung verspätet oder ihre Ausführung bzw. Fertigstellung unmöglich wird, sistieren beide Seiten die Ausführung der vertraglich festgelegten Pflichten. Vor allem in folgenden Fällen: Brand, Unfall, Epidemie, Streik, Aussperrung, Aufruhr, Krieg, drohendes Attentat oder Folgen eines Attentats, Handelssperre, Mangel an Rohstoffen, hoheitliche Maßnahmen oder Entscheidungen des Staates sowie alle anderen Umstände, die nicht unbedingt unter den vorliegenden erwähnt sind, auf die das Unternehmen jedoch keinen Einfluss hat.

Die leidtragende Seite wird die andere so schnell wie möglich informieren und die Art des Ereignisses beschreiben, welches dazu führt, dass sich die Ausführung der Verpflichtungen verspätet oder diese unmöglich macht. Die Ausführung der Pflichten wird bis zum Ende desjenigen Ereignisses aufgeschoben, das dazu führt, dass sich eine Bestellung verspätet oder ihre Ausführung bzw. Fertigstellung unmöglich wird. Es wird ausdrücklich klargestellt, dass keine der beiden Seiten Anspruch auf irgendeine Art der Entschädigung von der anderen Seite hat. Beide Seiten verpflichten sich ab sofort, alles zu tun, um eine Reduzierung der sich aus derartigen Umständen ergebenden Schwierigkeiten/Schäden anzustreben. Falls die Dauer der höheren Gewalt 60 Kalendertage überschreitet, haben beide Seiten die Wahl zwischen einer späteren Neuverhandlung der Bestellung und dem Auflösen des Vertrags, ohne dass der jeweils anderen Seite eine Entschädigung oder Abfindung gezahlt werden muss.

4.8. Das Unternehmen wird alle ihm vom Kunden zur Verfügung gestellten Informationen streng vertraulich behandeln. Das Unternehmen wird seine Mitarbeiter dazu verpflichten, diese Vertraulichkeit ebenfalls einzuhalten. Dennoch weist das Unternehmen jegliche Verantwortung zurück, falls die Vertraulichkeitspflicht von seinen Mitarbeitern verletzt wird, obwohl es alle nötigen Vorkehrungen getroffen hat, dies zu verhindern.

Artikel 5 – Frist, Zeitpunkt und Ort der Lieferung

5.1. Sofern nicht zuvor anderweitig in schriftlicher Form vereinbart, sind die in den Preisangeboten genannten Lieferfristen unverbindlich und verpflichten das Unternehmen zum genannten Zeitpunkt nicht zu einem Ergebnis.

Das Unternehmen ist verpflichtet, den Kunden darüber zu informieren, sobald klar ist, dass eine Lieferung zum vorher vereinbarten Zeitpunkt (Tag und Uhrzeit) nicht möglich ist.

5.2. Im Falle der Überschreitung der fristgemäßen Lieferung von mehr als fünf (5) Tagen hat der Kunde das Recht, seine Bestellung einseitig zu widerrufen. Diese Entscheidung muss dem Unternehmen schriftlich mitgeteilt werden. Der Kunde kann sich auf keinem Fall auf irgendein Recht auf Entschädigung berufen. Alle bereits ausgeführten Arbeiten werden in Rechnung und dem Kunden zur Verfügung gestellt.

5.3. Die Lieferung wird als ausgeführt angesehen, sobald die Arbeit per Post, Fax, Modem, E-Mail, usw. versendet wurde. Das Unternehmen kann nicht für eventuelle Probleme verantwortlich gemacht werden, die beim Verschicken per Post auftreten können.

5.4. Für die Erstellung von Internetseiten wird die Lieferung an jenem Tag als ausgeführt angesehen, an dem die Seite für das Medium abrufbereit geworden ist.

5.5. Die Lieferung per Post, Fax, Modem oder Internet ist kostenlos. Die eventuellen Kosten für einen Kurier gehen ausschließlich zu Lasten des Kunden.

5.6. Falls keine vorherige, schriftliche Vereinbarung vorliegt, ist das Unternehmen nicht verpflichtet, die ausgeführten Arbeiten nach der Lieferung aufzubewahren.

Artikel 6 - Honorare und Bezahlung

6.1. Alle vom Unternehmen mitgeteilten Beträge/Preise verstehen sich exklusive Mehrwertsteuer.

6.2. Die Bestellungen gelten als am Firmensitz des Unternehmens erteilt und die zugehörigen Rechnungen sind an demselben Ort ohne Abzug irgendwelcher Gebühren und ohne Skonto zu zahlen, vorbehaltlich gegenteiliger Angaben, die ausdrücklich auf dem Bestellschein vermerkt und auf der Rechnung bestätigt worden sind.

6.3. Die Rechnungen müssen vollständig innerhalb von 10 Werktagen ab dem Datum der Rechnung in der Währung bezahlt werden, in der die Rechnung erstellt wurde, sofern nicht ausdrücklich schriftlich etwas anderes vereinbart worden ist.

6.4. Im Falle der Nichtzahlung bei Fälligkeit des Rechnungsbetrages wird letzterer von Rechts wegen und ohne vorherige Mahnung bis zu tatsächlichen Tag der Zahlung mit einem Verzugszins von 12% pro Jahr beaufschlagt. Darüber hinaus ist der Kunde verpflichtet eine Pauschalentschädigung von 18% des Nennbetrags der Rechnung zu zahlen, wobei ein Mindestbetrag von 125 EUR pro Rechnung gilt. Außerdem können vom Kunden noch Bearbeitungsgebühren von dreizehn Euro (13 EUR) verlangt werden, wenn das Unternehmen eine Mahnung für die Nichtzahlung bei Fälligkeit der Rechnung versendet. Alle vom Kunden getätigten Zahlungen werden zuerst mit den Bearbeitungsgebühren und eventuellen Pauschalentschädigungen, danach mit den verstrichenen Verzugszinsen und als letztes mit dem Nennbetrag der Rechnung verrechnet.

6.5. Im Falle der Nichtzahlung einer fälligen Rechnung steht es dem Unternehmen von Rechts wegen und ohne vorherige Mahnung zu, die Zahlung aller offenstehenden Rechnungen zu verlangen, sodass alle Rechnungen des Kunden sofort zu zahlen sind und mit einem Verzugszins und einer Pauschalentschädigung beaufschlagt werden. In einem derartigen Fall behält sich das Unternehmen außerdem das Recht vor, die Ausführung jeder weiteren laufenden Bestellung bis zur vollständigen Begleichung der geschuldeten Beträge (Nennbeträge, Zinsen und Zuzügliches) zu unterbrechen, ohne dem Kunden irgendeine Entschädigung schuldig zu sein.

6.6. Im Falle eines Gerichtsverfahrens zum Eintreiben von Forderungen gehen die Beitreibungskosten basierend auf Artikel 8 und gemäß dem Gesetz vom 18. April 2004 über Zahlungsverzögerungen zu Lasten des Kunden.

Artikel 7 - Beanstandungen und Streitigkeiten

7.1. Beanstandungen sind nur zulässig, wenn sie als Mitteilung per Einschreiben mit Rückschein versandt werden. Sie müssen innerhalb von acht Kalendertagen nach dem Versand der Rechnung an den Firmensitz gesandt werden. Dabei ist das Datum des Poststempels maßgebend. Nach dieser Frist wird die Rechnung als vom Kunden uneingeschränkt akzeptiert angesehen. Dadurch sind alle verspäteten Anfechtungen unzulässig.

7.2. Das Schreiben einer Beanstandung entbindet den Kunden nicht von seiner Zahlungspflicht.

7.3. Wenn die Beanstandung gerechtfertigt ist, wird das Unternehmen die gelieferte Arbeit innerhalb einer angemessenen Frist berichtigen oder ersetzen, ohne zur Zahlung einer Entschädigung verpflichtet zu sein. Falls das Unternehmen nicht angemessen auf die Verbesserungswünsche eingehen kann, wird es eine Preisermäßigung für die Bestellung gewähren, ohne weitere Entschädigungen an den Kunden.

7.4. Dem Kunden wird das Recht zur Beanstandung aberkannt, falls er innerhalb der ihm zuerkannten Reklamationsfrist Änderungen an der gelieferten Arbeit vorgenommen oder von einer Drittperson vornehmen lassen oder die besagte Arbeit an einen Dritten weitergegeben hat.

Artikel 8 - Urheberrecht

8.1. Der Kunde muss das Unternehmen gegen alle Ansprüche von Dritten hinsichtlich der vermeintlichen Verletzung von Eigentumsrechten, Urheberrechten, Patentrechten oder anderen Rechten an geistigem Eigentum in Bezug auf die Ausführung der Bestellung schützen.

8.2. Sofern nicht ausdrücklich anderweitig vereinbart, behält sich das Unternehmen das Recht vor, Anzeige wegen Verletzung des Urheberrechts auf alle von ihm erstellten Übersetzungen, Grafiken, Fotos, Illustrationen usw. zu erstatten. Darüber hinaus bleiben alle seine Arbeiten ausschließliches Eigentum des Unternehmens und dürfen ohne vorherige schriftliche Zustimmung des Unternehmens in keiner Form und mit keinem Verfahren nachgemacht, vervielfältigt oder verändert werden.

Artikel 9 - Geltendes Recht

9.1. Für jeden mit dem Unternehmen abgeschlossenen Vertrag gilt das luxemburgische Recht. Es ist die einzige geltende Gesetzgebung bei Vertragsverhältnissen zwischen dem Unternehmen und seinen Kunden, ungeachtet aller Kriterien des Ausländerbezugs, die im direkten oder indirekten Zusammenhang mit den genannten Vertragsverhältnissen stehen.

9.2. Die Gerichte des Großherzogtums Luxemburg haben die ausschließliche Zuständigkeit für Streitigkeiten über die Auslegung bzw. Anwendung der vorliegenden AGB. Vor Gericht ist nur die französische Version der vorliegenden AGB maßgebend.